



Resolution

Wir fordern die Verbesserung von Bildungschancen für Kinder aus zugewanderten Familien durch den Einsatz von Sprachmittlerpools.

Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen hängen sehr stark von der Qualität der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen Kita und Schule und der Familie des Kindes bzw. Jugendlichen ab. Unabhängig von der Dauer des Aufenthaltes in Deutschland und vom Aufenthaltsstatus können dabei sprachliche und kulturelle Barrieren wirksam sein und eine Verständigung erschweren.

Um die Kommunikation zu ermöglichen, kommen häufig – teilweise minderjährige - Schülerinnen und Schüler als Dolmetschende zum Einsatz. Oftmals übersetzen sie selbst in den sie betreffenden Angelegenheiten. Damit steht zum einen die Qualität und Vollständigkeit sowie Korrektheit der Übersetzung in Frage, und zum anderen wird Minderjährigen – möglicherweise unbewusst - eine Verantwortung übertragen, der sie nicht gerecht werden können. Ergebnisse solcher Gespräche können aber in Entscheidungen münden, die maßgebend für den weiteren Bildungsweg des Kindes sind.

Die verantwortlichen Institutionen sollten sich bewusst sein, wie wichtig es ist, in solchen Situationen geschulte und nicht persönlich involvierte Sprachmittler oder Dolmetschende zu nutzen. Ressourcen dafür stehen in Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung, personell beispielsweise mit den vier kommunal und landesgeförderten Sprachmittlerpools, und finanziell mit dem Budget des Bildungsministeriums. Der Einsatz dieser Ressourcen kann nicht nur die Qualität der Zusammenarbeit zwischen Schule und Familie verbessern, sondern präventiv wirken, indem Konflikte sich nicht verschärfen oder eskalieren.

Die Erfahrung in verschiedenen Regionen des Bundeslandes zeigt, dass diese Ressourcen noch nicht flächendeckend und bedarfsgerecht genutzt werden.

Wir fordern, das Personal in Kitas und Schulen für die Notwendigkeit der Nutzung von vorhandenen Sprachmittlerpools zu sensibilisieren und sie besser über die Möglichkeiten und Abläufe zu informieren. Ferner sollte der angespannten Personalsituation an den Schulen durch unbürokratische Abläufe Rechnung getragen werden.

**Kontakt: MIGRANET-MV, Geschäftsstelle, c/o FABRO e.V., Waldemarstraße 33, 18057 Rostock
einstimmig beschlossen von der 13. Konferenz der MSO aus MV –MIGRANET-MV-
18.05.-19.05.2019 in der Landeshauptstadt Schwerin**